

Inhalt

Weihnachtsgruß	1
Hans-Joachim Reck als CEEP-Präsident bestätigt	2
Workshop-Bericht: „TTIP und öffentliche Dienstleistungen“	3
Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP	6
EU-News im Überblick	11
Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen	14
Kontakt	15

Frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr

Liebe Newsletter-Abonnentinnen und Abonnenten,

mit der Dezemberausgabe des bvöd-Newsletters verabschieden wir uns in die Weihnachtspause.

Wir hoffen, dass Ihnen das in diesem Jahr neu eingeführte Design des Newsletters zusagt und wir bei der Themenauswahl mit Meldungen vom bvöd, CEEP und von der europäischen Ebene regelmäßig Ihr Interesse wecken konnten.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien noch eine frohe Advents- und Vorweihnachtszeit, frohe Festtage und einen guten Start ins neue Jahr.

Wir freuen uns, Sie auch im neuen Jahr mit der monatlichen Ausgabe des bvöd-Newsletters zu informieren.

Die bvöd-Geschäftsstelle ist wieder ab dem 5. Januar 2015 besetzt.

Ihre

bvöd-Geschäftsstelle

Inge Reichert, Dominik Hellriegel & Belinda Rechlin

Impressum

Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen - Deutsche Sektion des CEEP e.V. (bvöd)

Invalidenstraße 91
10115 Berlin

fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29
email: info@bvoed.de
www.bvoed.de



Hans-Joachim Reck als CEEP-Präsident bestätigt



Hans-Joachim Reck (s. Foto, li.), ehren-amtlicher Präsident des Bundesverbandes Öffentliche Dienstleistungen (bvöd) und Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), wurde am Freitag vergangener Woche (12.12.2014) in der Generalversammlung des Europäischen Verbandes der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen (CEEP) für weitere drei Jahre als dessen Präsident bestätigt.

„Wir sind ein Schlüsselement der europäischen Wirtschaft! Der öffentliche Dienstleistungssektor stärkt durch seine tägliche Arbeit die Wettbewerbsfähigkeit, stellt die notwendige Infrastruktur bereit und übernimmt Verantwortung für die Bürger in Europa“, betonte Reck anlässlich seiner Wiederwahl. „Ich freue mich, auch weiterhin für die Interessen starker öffentlicher Dienstleistungen in Europa einzustehen.“

Als Executive Vice-Presidents wurden **Milena Angelova** (Generalsekretärin von BICA, Bulgarien, s. Foto, 2.v.li.), **Tom Beattie** (Präsident CEEP UK, Vereinigtes Königreich, s. Foto, 2.v.re.) und **Filippo Brandolini** (Präsident von HERAmbiente, Italien, s. Foto, re.) in einem gemeinsamen Wahlgang mit Reck für drei Jahre gewählt und repräsentieren zusammen mit dem Präsidenten den Verband nach außen.

Der 1961 gegründete CEEP vertritt in Brüssel die Interessen von Gebietskörperschaften, von öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen sowie von deren Verbänden. Der CEEP repräsentiert zudem die öffentlichen Arbeitgeber im sektorübergreifenden Europäischen Sozialen Dialog. Er ist einer der von den EU-Institutionen anerkannten europäischen Sozialpartner.

„Der öffentliche Dienstleistungssektor gehört zu den größten Branchen in der EU. Dort arbeiten 30 Prozent aller Beschäftigten – das entspricht rund 65 Millionen Arbeitnehmern“, so Reck. Allein die führenden Infrastrukturnetzwerke (Elektrizität, Gas, Wasser, Abwasser, Abfall, Postdienste, Telekommunikation, Öffentlicher Personennahverkehr) beschäftigen 11,5 Millionen Menschen in Europa. Zudem sind über 16.000 lokale Unternehmen aus branchenübergreifenden Sektoren im CEEP zusammengeschlossen. Reck: „Die öffentlichen Infrastrukturdienstleistungen ermöglichen erst die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU im Rahmen der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, wie sie der Vertrag über die Europäische Union vorsieht.“ Dass dies auch die europäischen Institutionen anerkannt haben, hob Reck hervor. Man habe in den letzten drei Jahren nicht nur bei konkreten Legislativmaßnahmen wie zum Beispiel bei der Revision der Vergaberichtlinien Erleichterungen für die Mitglieder erringen können, „sondern agiere mittlerweile auf Augenhöhe und in direktem Austausch mit dem EU-Kommissionspräsidenten und dem EU-Ratspräsidenten“.

Workshop-Bericht: „TTIP und öffentliche Dienstleistungen“



Im Zuge der gemeinsamen TTIP-Konferenz vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), dem bvöd und dem Bündnis TTIPunfairHandelbar am 26.11.2014 in Berlin nahm **Dr. Sabine Groner-Weber**, Geschäftsführerin Personal der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB), in ihrer Funktion als Vizepräsidentin des bvöd zur Eröffnung der Konferenz an einer Diskussionsrunde zum Thema „TTIP – wo stehen wir, wo wollen wir hin?“ teil. Sie forderte u.a., dass die staatliche bzw. kommunale Regelungshoheit auch nach Abschluss von Handelsabkommen gewährleistet sein und bei den Verhandlungen dem besonderen Charakter der öffentlichen Dienstleistungen Rechnung getragen werden müsse. Eine weitergehende Marktöffnung durch TTIP sei daher abzulehnen und sensible Bereiche der Daseinsvorsorge seien durch die Verwendung des Positivistenansatzes von den erfassten Vertragsbereichen auszunehmen.

Am Nachmittag des 26. November 2014 fand dann ein Workshop zum Thema „TTIP und Öffentliche Dienstleistungen“ statt. Dieser wurde vom bvöd organisiert und gestaltet. Rund 110 Gäste nahmen daran teil.



Auf Einladung des bvöd diskutierten **Dr. Heinz Hetmeier** (s. Foto, li.), vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Leiter des Referats für allgemeine Handelspolitik (EU/WTO), Dienstleistungen und geistiges Eigentum, **Professor Dr. Markus Krajewski** (Foto, 2.v.re.), von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd, und **Rainer Pläßmann** (Foto, re.), Leiter

Personal und Organisation und Leiter Stabsstelle Daseinsvorsorge der Stadtwerke Köln, die möglichen Auswirkungen einer geplanten Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA auf die Daseinsvorsorge und die öffentlichen Dienstleistungen. Die Moderation übernahm Ruth Brandherm (Foto, 2.v.li.) von der FES.

Im Laufe der Diskussion wurde schnell deutlich, dass beabsichtigt ist, viele der im kürzlich abgeschlossenen EU-Kanada-Handelsabkommen (CETA) vorhandenen Regelungen, auch zu öffentlichen Dienstleistungen, in TTIP einzubringen.

Dr. Hetmeier betonte, dass die Bundesregierung an dem Grundkonzept der nationalen Regelungshoheit für die Gestaltung der Daseinsvorsorge in CETA festgehalten habe und auch in TTIP festhalten wird, auch gegenüber der EU-Kommission als verhandelnde Institution der Abkommen für die Mitgliedstaaten. Dieses Konzept schließt die Eigenerbringung durch Kommunen mit ein und ermögliche auch die Zulassung lokaler Monopole. Eine abschließende Definition der öffentlichen Dienstleistungen („Services of General Interest“) sei auch in TTIP nicht vorgesehen. Ziel der TTIP-Verhandlungen sei vielmehr eine Öffnung des US-amerikanischen Vergabemarktes für europäische Unternehmen.

Man habe die Vorbehalte von Deutschland bezüglich einer weiten Marktöffnung gegenüber der EU-Kommission deutlich gemacht. Daher habe man an den Ausnahmeregelungen, wie sie bereits in GATS formuliert wurden, festgehalten. Eine „zukunfts offene Gestaltung“ der öffentlichen Dienstleistungen solle weiterhin auf lokaler Ebene möglich sein, auch die Erbringung durch eigene öffentliche Unternehmen. Dieses System habe sich in Deutschland bewährt. Die Bundesregierung verfolge das Ziel, das in CETA vereinbarte Schutzniveau auch in TTIP durchzusetzen. Er lud dazu ein, auf Grundlage der CETA-Ausnahmen über die geplante Gestaltung der TTIP zu diskutieren.

Rainer Plaßmann unterstrich die Komplexität des CETA-Vertragstextes, auf dessen Grundlage nun eine Analyse darüber vorgenommen werden müsse, wieweit die öffentlichen Dienstleistungen erfasst und betroffen seien. Begriffe, die im europäischen Rechtsbestand (Acquis) eine feste Verankerung erfahren hätten, seien in CETA so nicht übernommen worden. Zudem bestehe auf der kommunalen Ebene eine große Verunsicherung darüber, welche konkreten Auswirkungen CETA – und in Zukunft TTIP – haben könnten, beispielsweise für das Modell des steuerlichen Querverbundes oder die Möglichkeit der Direktvergabe an kommunale Unternehmen im öffentlichen Personennahverkehr über die Verordnung 1370/2007.



Professor Krajewski forderte, dass die internationale Handelspolitik sich mit einer neuen Form von Rechtsetzung in internationalen Verträgen auseinandersetzen sollte, welche konkrete Ausformulierung und Regelsetzung beinhalte, anstatt in Verträgen generelle Prinzipien und deren Ausnahmen zu verhandeln. Er machte zudem auf verschiedene Unklarheiten aufmerksam. Es sei bedeutsam, wie die genaue Unterscheidung zwischen öffentlichen und privatfinanzierten Dienstleistungen („publicly or privately funded“) zu treffen sei. Er plädierte auch dafür, in Handelsabkommen den unklaren Begriff der „public utilities“ nicht zu verwenden, sondern eine einvernehmliche Begrifflichkeit für Dienstleistungen, die nicht marktkonform erbracht werden, anzustreben. Weiterhin sollten lokale Maßnahmen vom Anwendungsbereich des Investorenschutzes ausgenommen sein.

Als Fazit der Diskussion im Workshop bleibt festzuhalten, dass in einem ersten Schritt der Auseinandersetzung eine gründliche Analyse der Regelungen in CETA erfolgen muss, um auf dieser Grundlage die Verhandlungen fachkundig zur TTIP begleiten und Verbesserungsvorschläge für die Absicherung des deutschen System der Daseinsvorsorge machen zu können.

Die Bundesregierung hat darüber grundsätzlich Gesprächsbereitschaft signalisiert, sieht den Bereich der Daseinsvorsorge in CETA aber bereits als ausreichend geschützt an. Nach wie vor blieben für die Teilnehmer des Workshops Unklarheiten darüber, welche Auswirkungen ein weitreichender Investorenschutz mit Klagemöglichkeit, der vorgesehene Sperrklinkenmechanismus für Liberalisierungsmaßnahmen, eine regulatorische Kooperationsverpflichtung und der Negativistenansatz in CETA für die Daseinsvorsorgeleistungen haben werden und ob öffentliche Dienstleistungsbereiche davon auch in der TTIP betroffen seien oder ausgenommen werden könnten. Der bvöd wird sich zusammen mit seinen Mitgliedern und CEEP weiterhin in eine fachbezogene Debatte mit der Bundesregierung und der EU-Kommission einbringen, um sicherzustellen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge keinen Beschränkungen unterliegt und die kommunale Gestaltungsfreiheit gewahrt bleibt.

Die ganztägige Konferenz, veranstaltet vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), dem bvöd und dem Bündnis TTIPunfairHandelbar, fand am 26.11.2014 in Berlin bei der FES statt. Sie trug den Titel „TTIP – Gefahr oder Chance? Wie schaffen wir eine gerechte Handelspolitik?“ und wurde von rund 400 Gästen besucht.



Zur Bildergalerie der Konferenz: [Link](#) (externe Webseite)

verwendete Fotos in diesem Artikel: [Mark Bollhorst](#)

Aktuelles aus Brüssel und vom CEEP

CEEP zur Investitionsoffensive der EU-Kommission

CEEP begrüße die von Juncker angekündigte Investitionsoffensive, da man als CEEP bereits seit der Krise Investitionen in soziale und physische Infrastrukturen gefordert habe, so die CEEP-Generalsekretärin Ronzitti in einer ersten [Stellungnahme](#). Die Initiative sieht einen mit öffentlichen Mitteln garantierten "Europäischen Fonds für strategische Investitionen" (EFSI) vor. Der Fonds soll in den kommenden drei Jahren bis 2017 zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 315 Mrd. Euro mobilisieren. Es gelte nun zu hoffen, dass die Effizienz des Pakets hoch genug sei, damit es als dauerhaftes Instrument der Europäischen Politik etabliert werde, so CEEP.

CEEP sieht die Mitgliedsstaaten in der Verantwortung, entsprechende Projekt- und Investitionsvorschläge vorzulegen. Die Basis für verstärkte private Investitionstätigkeit sei „eine solide öffentliche Finanzsituation in den Mitgliedstaaten und sollte von öffentlichen Investitionen in Infrastrukturen flankiert werden“. Andernfalls werde der Investitionsplan seine extrem ambitionierte Hebelwirkung nicht erzeugen und bei den 21 Milliarden € verbleiben, welche die Europäische Kommission und die EIB zusammen eingebracht haben, mahnte Ronzitti.

Zur ausführlichen CEEP-Stellungnahme: [CEEP begrüßt Investitionsinitiative der EU-Kommission](#)

Themenbereich Public Services

CEEP fordert Schutz der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in TiSA

An den Verhandlungen über das Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement - TiSA) sind 23 Länder beteiligt, darunter die EU mit ihren Mitgliedsstaaten. China und Uruguay nehmen noch nicht an den Verhandlungen teil, die EU unterstützt aber die Absicht, diese und weitere Staaten zu integrieren. Bei den Verhandlungen geht es um die Sektoren Telekommunikation, elektronischer Handel, Finanzdienstleistungen, Post, Seefahrt, Straßenwesen, Luftwesen und Beschaffung.

Obwohl alle Augen derzeit auf das TTIP-Abkommen mit den USA gerichtet seien, vertritt CEEP in einem kürzlich veröffentlichten Artikel („[TiSA: Towards troubles](#)“) die Auffassung, dass auch TiSA wieder in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt werden sollte, da Europa aus Sicht von CEEP auf ernste Probleme zusteuern könnte, wenn TiSA möglicherweise erleichternde Rahmenbedingungen für Privatisierungen beinhalten werde. CEEP trage der Tatsache Rechnung, dass die EU als wichtiger Akteur auf dem globalen Dienstleistungsmarkt ein „großes Interesse“ an einer Einigung habe. „Da der EU-Dienstleistungsmarkt durch den Abbau nichttarifärer Maßnahmen bereits liberalisiert wurde, benötigt Europa in dieser Hinsicht von Drittländern eine Gegenseitigkeit. Die EU braucht keine weitere Marktöffnung, es sind unsere Handelspartner, die aufholen müssen“, so CEEP. Die EU-Kommission müsse jedoch klar und unumstößlich den Schutz der

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – worunter in Deutschland die Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge fallen – gewährleisten.

Neben dem Umfang der Verhandlungen ist CEEP auch über den Mangel an Transparenz in der aktuellen Diskussion besorgt. CEEP beabsichtigt daher, sich für den vollen Zugang auf das Verhandlungsmandat des Rates einzusetzen, ähnlich wie das bei TTIP nun seit kurzem der Fall ist. Die zehnte Runde der TiSA-Verhandlungen fand Anfang Dezember 2014 in Genf statt.

Themenbereich Social Affairs

EU-Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie

Die EU-Kommission hat am 01.12.2014 eine öffentliche [Konsultation](#) zur Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie gestartet. Diese geht bis zum 15. März 2015. Die Konsultation soll die Vorarbeiten für eine umfangreiche Folgenabschätzung über die verschiedenen Möglichkeiten zur Überarbeitung der [Arbeitszeitrichtlinie](#) unterstützen. Der bvöd wird sich mit den Mitgliedern seines Ausschusses für Sozialpartnerangelegenheiten an der Konsultation beteiligen und die Position der deutschen öffentlichen Arbeitgeberverbände beim CEEP einbringen. Die Folgenabschätzung zur Zukunft der Arbeitszeitrichtlinie, die nun von der EU-Kommission durchgeführt wird, soll nach Aussage der designierten EU-Kommissarin für Arbeit und Soziales, Marianne Thyssen, im ersten Halbjahr 2015 abgeschlossen werden.

CEEP bei gemeinsamer Sitzung von EMCO und SPC

Die europäischen branchenübergreifenden Sozialpartner, darunter CEEP, waren Anfang Dezember 2014 zu einer gemeinsamen Sitzung des Beschäftigungsausschusses (EMCO) und des Ausschusses für Sozialschutz (SPC) des EPSCO-Ministerrates (Rat für Sozialpolitik, Beschäftigung und Gesundheit) eingeladen. Die Sozialpartner gingen dort auf die vom Generaldirektor der GD Beschäftigung Michel Servoz vorgestellten Kernpunkte des Jahreswachstumsberichts (LINK setzen) ein. CEEP unterstrich die Bedeutung von Investitionen, um mit qualitativ hochwertigen Dienstleistungen die Zunahme sozialer Risiken in der EU abzufangen. CEEP betonte die Notwendigkeit, die Einbindung der Sozialpartner auf nationaler und europäischer Ebene innerhalb des Europäischen Semesters zu optimieren, [wie es der Bericht für 2015 empfiehlt](#).

Vorstellung der CEEP Prioritäten im Kabinett von Kommissarin Thyssen

Mick Brodie, Vorsitzender des CEEP-Boards Social Affairs, und Guillaume Afellat, Referent für soziale Angelegenheiten, stellten dort am 08.12.2014 anhand die Prioritäten von CEEP einige Themen vor. Der Termin mit dem Kabinett vertiefte den kürzlich zustande gekommenen Erstkontakt zwischen EU-Kommissarin Thyssen

und CEEP-Generalsekretärin Ronzitti. Die CEEP-Vertreter äußerten sich u.a. zur Haushaltskonsolidierungspolitik in den EU-Mitgliedsstaaten und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Dienstleistungen in Europa. Ebenso wurden die Auswirkungen der EuGH-Rechtsprechung zur Arbeitszeitrichtlinie auf die Stabilität und Qualität der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen thematisiert. CEEP wird auch zukünftig seinen guten Kontakt zum Kabinett der Kommissarin zur Verdeutlichung der Verbandsprioritäten nutzen.

CEEP-Sektorthemen

CEEP-Mitglieder debattieren EU-Energiepolitik mit Dominique Ristori, Generaldirektor der GD Energie

Am 24. November 2014 nahm in Brüssel Dominique Ristori (Foto, s. Mitte) Generaldirektor Energie der EU-Kommission, an einer CEEP-Task Force-Sitzung für Energie teil. Ristori stellte die Pläne der EU-Kommission in den kommenden Monaten vor und lud die CEEP-Mitglieder dazu ein, gemeinsam über die Ausgestaltung der europäischen Energiepolitik zu beraten.



Im Hinblick auf das Klima- und Energiepaket für 2030 als eine der wichtigsten Fragen der aktuellen Debatte, hob Ristori das bemerkenswerte Signal durch die getroffene Vereinbarung des Rates hervor, das bereits heute zu einer Verschiebung im internationalen Umfeld geführt habe. Er betonte die Möglichkeit der Staaten, im Bereich der erneuerbaren Energien noch ehrgeizigere Ziele zu setzen. Zudem soll die Marktintegration der erneuerbaren Energien auf europäischer und nationaler Ebene weiter entwickelt und eine größere Flexibilität bei den Förderregelungen erreicht werden.

Die Energieeffizienz sei eine der wichtigsten Prioritäten der Kommission, wie Ristori unterstrich, nicht nur wegen der Vorteile der Energieeinsparung, sondern auch wegen der nachhaltigen Schaffung von Arbeitsplätzen. Er nannte drei Schwerpunkte für diesen Bereich: einen energieeffizienten Gebäudesektor, energieeffiziente Mobilität und energieeffiziente Produkte.

Im Hinblick auf die konkrete Umsetzung des Rahmens für 2030, ergriffen CEEP-Mitglieder die Gelegenheit, die Bedeutung der Planungssicherheit sowie eines zuverlässigen Governance-Prozesses zu betonen. Diese politische Forderung wurde auch im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen über einen neuen Impuls für Investitionen in Europa angesprochen. CEEP-Mitglieder nannten konkrete Beispiele, für die ein stabiler politischer Rahmen für Investitionen benötigt wird. Ristori betonte, dass der Energiesektor riesige Investitionen von 200 Milliarden pro Jahr in den nächsten drei Jahren benötige. Der Großteil dieser Investitionen soll in

Projekte zugunsten der Energieeffizienz und Energieinfrastruktur fließen. Er begrüßte die Position von CEEP in dieser Frage und unterstrich, dass CEEP-Mitglieder eine wichtige Rolle bei der Freisetzung von Investitionen spielen könnten. Die Kommission möchte durch konkrete Maßnahmen und durch eine zukunftsorientierte politische Vision dazu beitragen.

Er betonte, dass die regulatorischen Risiken ein Haupthindernis für Investoren sind und räumte ein, dass die Planungssicherheit in der Tat von entscheidender Bedeutung sei, welche durch die Umsetzung des Rahmen bis ins Jahr 2030 gegeben sein soll.

Die Pläne der Kommission für Smart Metering und Smart Grids waren ein weiteres wichtiges Thema. Laut Ristori gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder selbst proaktiv zu werden und dieses neue Geschäftsfeld in Europa voranzubringen oder durch äußere Entwicklungen dazu gezwungen zu werden. Europa soll nach Willen der EU-Kommission Vorreiter bei der Einführung dieser neuen Technologien sein.

Im Hinblick auf die Kapazitätsmärkte, eine weitere thematische Priorität für die CEEP-Mitglieder, hob Ristori die Versorgungssicherheit im Zusammenhang mit einem veränderten Energiemix hervor. Das Treffen war daher eine gute Gelegenheit, die nächsten Schritte auf europäischer Ebene zu diskutieren, auch im Hinblick auf die fünf Säulen der Energieunion, welche Vizepräsident Maroš Šefčovič festgelegt hatte.

Quelle: [CEEP-Meldung](#)

EU-Verkehrsminister zum vierten Eisenbahnpaket

Der politische Pfeiler des Vierten Eisenbahnpaketes war einer der wichtigsten Punkte auf der [Tagesordnung der Sitzung des Rat für Verkehr](#) am 3. Dezember 2014. Die Minister verabschiedeten einen allgemeinen Ansatz für einen Vorschlag zur Aufhebung der geltenden Verordnung für die Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen. Außerdem besprachen sie Vorschläge zur Marktöffnung und Governance. Ein [Fortschrittsbericht](#) wurde angenommen, um einen Abschluss der Verhandlungen im Jahr 2015 zu ermöglichen. Doch der Bericht zeigt, dass es gegenüber verschiedenen Vorschlägen noch erhebliche Zurückhaltungen gibt, wie der Organisation der Ausschreibungsverfahren für die Vergabe von Verträgen für Schienendienstleistungen und den Regeln für die Verbindungen zwischen den Eisenbahnunternehmen und Infrastrukturbetreibern. Während der Debatte betonten verschiedene Vertreter noch einmal die Notwendigkeit, der technischen Seite des Paketes Priorität einzuräumen und diese nicht aufgrund der nur langsamen Fortschritte bei der politischen Säule zu verzögern. Der kommende lettische Ratsvorsitz kündigte an, dass das Eisenbahnpaket eine der wichtigsten Prioritäten für das erste Halbjahr 2015 sein wird.

CEEP-Projekte

Seminar “Exchange of Practices between leaders of Public Services” in Rom

Am 11.12.2014 fand in Rom das vierte Seminar des Projektes “Exchange of Practices between leaders of Public Services”, veranstaltet von CEEP und ARAN, Mitglied der italienischen CEEP-Sektion, statt. Das Seminar thematisierte am Beispiel technischer Innovationen, wie Neuerungen bei öffentlichen Dienstleistungen umgesetzt und Innovationen in die Arbeitsweise der Mitarbeiter eingebracht werden können. Referenten und Diskutanten präsentierten diesbezüglich ihre Verfahren und Erfahrungen. So stellte der Leiter der Rechtsabteilung im Kabinett des italienischen Ministers für die Reformierung der öffentlichen Verwaltung den Hintergrund und die Hauptziele der Reformmaßnahmen der italienischen Regierung vor. Dessen Rede wurde u.a. durch Beiträge von Teilnehmern der flämischen Regierung und der “North East Regional Employers’ Organisation” aus Großbritannien ergänzt. An dem Seminar nahmen Vertreter aus zehn Ländern, darunter Portugal, Deutschland und Italien teil.

EU-News im Überblick

Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2015

Die EU-Kommission wird am heutigen Dienstag ihr Politikprogramm für neue, im Jahr 2015 geplante Initiativen im EU-Parlament vorstellen. 130 geplante EU-Gesetze von der Barroso-II-Kommission stehen derzeit auf dem Prüfstand der neuen EU-Kommission, darunter die [Gesetzespakete zur Kreislaufwirtschaft und zur Reduzierung der Luftverschmutzung](#). Das Arbeitsprogramm wird zeigen, welche Gesetzesinitiativen ausgesetzt werden.

Quelle: [EU-Kommission](#)

Arbeitsgruppe sammelt 2000 Projekte mit Investitionspotenzial

Eine Sonder-Arbeitsgruppe von EU-Mitgliedstaaten, Kommission und Europäischer Investitionsbank (EIB) hat am 09.12.2014 grundlegende Maßnahmen und eine vorläufige [Liste](#) mit 2000 Investitionsvorhaben, die ein Gesamtinvestitionspotenzial von 1300 Mrd. Euro aufweisen, vorgelegt. In einem nächsten Schritt werden die gesammelten Projekte bewertet, bevor eine Endauswahl getroffen und eine Projekt-Pipeline mit Projekten von europäischer Bedeutung, die kurz- und mittelfristig realisiert werden sollen, aufgebaut wird. Der Taskforce-Bericht wird am 18./19. Dezember auf der Tagung des Europäischen Rates den EU-Staats- und Regierungschefs vorgelegt. Hauptziel sei es, das Vertrauen der Investoren zurückzugewinnen und Investitionen des privaten Sektors zu mobilisieren, welche die von den Mitgliedstaaten und der EU bereitgestellten Finanzmittel ergänzen. Projekte könnten vom privaten Sektor allein, über die Mitgliedstaaten oder aus anderen Finanzierungsquellen der EU, einschließlich des neu geschaffenen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI), finanziert werden, so die EU-Kommission. Quelle: [EU-Kommission](#)

Energieministerrat berät sich zu Energie- und Klimazielen und zum Energiebinnenmarkt

Der Energieministerrat hat sich am 09.12.2014 mit aktuellen Themen der EU-Energie- und Klimapolitik beschäftigt. Auf der Agenda standen unter anderem die Diskussion über eine Governance Struktur zur Erreichung der vom Europäischen Rat definierten Energie- und Klimaziele bis 2030 und der Entwurf von Schlussfolgerungen zum Stand der Vervollständigung des Energiebinnenmarktes. Quelle: [VKU](#)

Kompromiss zu EU-Haushalt gefunden

EU-Abgeordnete und Unterhändler der Mitgliedsstaaten vereinbarten am Abend des 08.12.2014 einen Kompromiss für den Gemeinschaftshaushalt 2015 der EU. Drohende Notbudgets konnten sie damit auf den letzten Metern abwenden. Für das kommende Jahr wurden Ausgaben von insgesamt 141,2 Milliarden Euro vereinbart. Gleichzeitig darf die EU neue Förderzusagen in Höhe von rund 145 Milliarden machen. Mit den überschüssigen 4,8 Milliarden Euro kann die EU nun einen Teil der offenen Rechnungen für 2014 und 2015 begleichen. Dem Deal müssen der Rat der Mitgliedsstaaten und das Plenum des EU-Parlaments in den

kommenden Wochen zustimmen. Zum Prozedere der Haushaltsverabschiedung: [Link](#). Quelle: [Euractiv](#) und [EU-Kommission](#)

Ergebnisse der Konsultation zur Wiederverwendung von Abwasser veröffentlicht

Auf einem Workshop der EU-Kommission wurden am 04.12.2014 erste Ergebnisse der Konsultation zur Wiederverwendung von Abwasser vorgestellt. Mit der Konsultation wollte die Europäische Kommission die Gründe abfragen, warum behandeltes Abwasser europaweit nur zu einem geringem Maß wiederverwendet wird. Derzeit werden EU-weit etwa 1 Milliarde Kubikmeter Abwasser wiederverwendet, das entspricht 2,4 Prozent der Gesamtmenge an behandeltem Abwasser. Die Hälfte davon entfällt auf Spanien. Als Ergebnis der Konsultation stehen aus Sicht der Kommission drei mögliche Optionen zum weiteren Umgang mit der Thematik zur Diskussion: a) keine Änderung der Gesetzgebung, b) Einführung von nicht-bindenden Richtlinien oder c) die Einführung von rechtlich verbindlichen Maßnahmen, wie verbindlichen Zielen oder Standards. Die Konsultation hat gezeigt, dass sich die Mehrheit der Antworten bezüglich der Wiederverwendung von Abwasser für die Verwendung in Bereichen ausspricht, die keinen direkten Kontakt mit dem Verbraucher aufweisen. Was legislative Maßnahmen bspw. zu Wiederverwendungsquoten betrifft, sprach sich eine Mehrheit der Antwortenden für solche vor allem für Flusseinzugsgebiete aus, die unter Wasserstress leiden. In diesem Fall seien aber auch europäische Standards für die Wiederverwendung angezeigt. Die EU-Kommission plant im Juni 2015 ihre Folgenabschätzung vorzulegen. Sollte sich darin aus Sicht der EU-Kommission die Vorlage eines Legislativvorschlags als die beste Option darstellen, ist mit einem solchen Ende 2015 zu rechnen. Quelle: [VKU-Europa Newsletter Dezember 2014](#)

Kommission und Lettlands Regierung stimmen Prioritäten für 2015 ab

Die EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker hat sich am 03.12.2014 in einer gemeinsamen Sitzung mit Lettlands Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma und weiteren Regierungsmitgliedern über die Prioritäten der Europäischen Union während der lettischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2015 ausgetauscht. Lettland will sich für ein wettbewerbsfähiges, digitales und engagiertes Europa einsetzen. Quelle: [EU-Kommission](#)

Tusk beginnt seine Amtszeit als neuer EU-Ratspräsident

Am 1. Dezember 2014 hat Donald Tusk, ehemaliger Premierminister Polens, Herman van Rompuy als Präsident des Europäischen Rats abgelöst. Herman van Rompuy hatte das Amt seit 2009 inne. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hatten Tusk am 30. August 2014 für eine zweieinhalbjährige Amtszeit gewählt. Als Präsident des Europäischen Rates führt er u.a. den Vorsitz bei den Arbeiten des Europäischen Rates. Quelle: [Europäischer Rat](#)

Wirtschaftspolitische Steuerung in der EU: Start des neuen Europäischen Semesters

Am 28.11.2014 informierte Valdis Dombrovskis, Vizepräsident der Europäischen Kommission, zuständig für den Euro und den sozialen Dialog, und die Kommissare Pierre Moscovici und Marianne Thyssen die Presse über die anstehenden Entscheidungen der Kommission zur wirtschaftspolitischen Steuerung im Zuge des [Europäischen Semesters](#). Dazu gehören der Jahreswachstumsbericht 2015, der Bericht über die Warnmechanismen, der Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts und die Auswertung der nationalen Haushaltspläne der Länder der Eurozone. Auch die nach der Krise verabschiedete Gesetzgebung zur wirtschaftspolitischen Steuerung (Sixpack und Twopack) wird einer Bewertung unterzogen. Mit der Präsentation der nationalen Haushaltspläne der Euro-Länder und den Berichten zur wirtschaftspolitischen Steuerung startet ein neues Europäisches Semester. Quelle: [EU-Kommission](#)

EU-Kommissionsbeschlüsse zur Transparenzoffensive angenommen

Die EU-Kommission hat am 25.11.2014 zwei Kommissionsbeschlüsse zur konkreten Ausgestaltung der angekündigten Transparenzoffensive angenommen: Ein Beschluss betrifft die Kommissare und ihre Kabinettsmitglieder, der andere die Generaldirektoren der Kommissionsdienststellen. So verpflichtet sich die EU-Kommission seit dem 1. Dezember dazu, spätestens innerhalb von zwei Wochen nach jedem Treffen die Daten, Orte, Namen der beteiligten Einrichtungen und selbständigen Einzelpersonen sowie der Gesprächsthemen der mit ihrer Beteiligung stattfindenden bilateralen Treffen auf ihrer Website zu veröffentlichen. Ausgenommen von dieser Transparenzpflicht sind Treffen mit den Sozialpartnern, so z.B. CEEP, solange diese im Rahmen der Sozialpartnerschaft stattfinden, Treffen mit Vertretern politischer Parteien und Treffen mit Vertretern öffentlicher Gebietskörperschaften.

Für 2015 wird zudem ein Kommissionsvorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat erwartet, welcher ein verbindliches Lobbyisten-Register für alle drei Organe vorsehen soll. Darüber hinaus hat die Kommission Ende November 2014 einen Vorschlag von der Handelskommissarin Malmström angenommen, in der dargelegt wird, wie die Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) transparenter gestaltet werden sollen. Quelle: [EurActiv.de](#) + [Süddeutsche.de](#)

Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

- Am 3. Dezember 2014 informierte EU-Handelskommissarin Malmström im Handelsausschuss des EU-Parlaments (INTA) darüber, dass sie für das kommende Jahr eine neue EU-Handelsstrategie und eine öffentliche Konsultation im Rahmen der Folgenabschätzung der EU-Kommission in Bezug auf die Nachhaltigkeit des Handels plane.
- Während eines "stakeholder meetings" zu **TTIP** am 4. Dezember 2014 kündigte sie zudem an, dass die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zu "Investor-Staat-Streitbeilegungsklauseln" (ISDS) in der TTIP mit dem EU-Parlament und dem Ministerrat diskutiert werden sollen und die EU-Kommission die Ergebnisse der Konsultation aus Zeitgründen „kurz nach Weihnachten“ veröffentlichen werde. Sie führte aus, dass der Bericht nur eine Zusammenfassung der Konsultationsergebnisse enthalten und nicht die Frage klären wird, ob ISDS-Klauseln in der TTIP eingebracht werden. Vielmehr soll im Januar 2015 ein gemeinsames Konzept für die TTIP-Gespräche im Frühjahr erarbeitet werden.
- Am 19. Dezember 2014 wird **CEEP** mit der EU-Kommissarin zusammenkommen und dafür eintreten, dass in der TTIP die Stellung und Bedeutung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) als Rückgrat des Europäischen Sozialmodells berücksichtigt werden. Konkret geht es darum, dass auch bei einer Förderung des Handels und wirtschaftlichen Austausches weiterhin die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse nach dem geltenden Prinzip der eigenverantwortlichen Festlegung, Organisation und Finanzierung durch die Mitgliedsstaaten erbracht werden können und deren Sonderstellung im Binnenmarkt beachtet wird.
- Die für die TTIP-Verhandlungen angekündigte Transparenzoffensive, siehe Meldung oben, soll auch für die **TiSA**-Verhandlungen gelten, sodass Malmström ankündigte, dem Rat die Veröffentlichung des TiSA-Mandats vorzuschlagen.
- Die achte Runde der **TTIP**-Gespräche findet vom 2. bis 6. Februar 2015 in Brüssel statt.
- Jean-Claude Juncker wurde anlässlich seines 60. Geburtstages am 09.12.2014 von "Stop TTIP"-Aktivisten eine Grußkarte – unterschrieben von über einer Million Gegnern des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA – übergeben. Die von 320 NGOs initiierte europäische Bürgerinitiative "Stop TTIP" hat Anfang Dezember 2014 die Schwelle von einer Millionen Unterschriften überschritten. Quelle: [EurActiv](#)
- Der DGB hat am 8. Dezember 2014 ein [Positionspapier](#) zum Abschluss des Freihandelsabkommens **CETA** zwischen Kanada und der EU veröffentlicht. Man halte den Vertragstext für "so nicht zustimmungsfähig". So verfolge CETA bei der Dienstleistungsliberalisierung einen Negativistenansatz und schütze öffentliche Dienstleistungen nicht ausreichend, so der DGB. Die CETA-Verhandlungen müssten "wieder aufgenommen werden und der Text muss an verschiedenen Stellen grundlegend überarbeitet werden", da Änderungen noch weiter vorgenommen werden könnten. Quelle: [DGB](#)

Kontakt

Dominik Hellriegel

fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

Referent bvöd-Geschäftsstelle

email hellriegel@bvoed.de

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) - zur Abbestellung genügt eine Mail an info@bvoed.de